



Selbstverständlich spielen die erhöhten Wohnungsmieten auch eine große Rolle. Wir zahlen heute 70 Prozent des Friedensmietzinses, aber eigentlich schon viel mehr, denn es kommen noch verschiedene erhöhte Steuern, Listgelder und Hausmeistergelder hinzu. In einem Jahre werden wir schon 100 Prozent der Friedensmieten zahlen. Geschäftslokale halten schon jetzt bei 100 Prozent.

Man ist hier natürlich nicht der Meinung, daß es ohne Schädigung wichtiger Wirtschaftsinteressen möglich wäre, die noch vor einigen Jahren gültigen ganz niedrigen Mieten beizubehalten. Aber zwischen den Wiener Mieten und den Budapestener Mieten gibt es einen Mittelweg, dessen Einhaltung möglich gewesen wäre.

Es erübrigt sich, in die Detaillierung der Lasten einzugehen, die uns zu Boden drücken. Aber einer vor drei Tagen erschienenen Verordnung des Volkswohlfahrtsministeriums, das vielleicht seinen Namen nicht immer ganz verdient, muß gedacht werden. Die nach der Zahl der Hausangestellten zu bezahlenden Gebühren an die staatliche Arbeiterversicherungskasse wurden plötzlich auf das dreifache erhöht. Das sieht sehr sozial aus, ist es aber nicht. Denn bisher zahlte man nach einem Hausangestellten 1 Prozent, nach zwei Hausangestellten 3 Prozent und nach drei Hausangestellten 6 Prozent von deren Lohn- und Naturaleinkünften. Jetzt aber müssen auch nach dem ersten Hausangestellten 3 Prozent, hintwieder nach dem dritten Hausangestellten auch nur 3 Prozent gezahlt werden.

Dies verteuert die Haltung eines Diensthofen gerade dem armen Mittelstande ungeheuer. Dort, wo Mann und Frau arbeiten, um die Familie zu erhalten, ist man natürlich auf eine weibliche Hilfskraft angewiesen. Der Mittelstand wurde jetzt auch mit dieser neuen Verordnung bestraft.

Daß die Zahl der Armen in Budapest von Jahr zu Jahr zunimmt, ist nicht nur aus der Verelendung der Berufsklasse der Ärzte zu ersehen, sondern auch daraus, daß die als Steuer eingehobene Krankenpflegezulage, deren Ertrag zur Bestreitung der Spitalpflege der Unbemittelten dient, ebenfalls von Zeit zu Zeit erhöht wird.

Die Zunahme der Sparkasseneinlage darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Tasche Budapests leer ist und daß die Verelendung der Bevölkerung unserer Stadt fortschreitet.